

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 26 (1947)
Heft: 12

Artikel: Die sozialistische Presse Österreichs
Autor: Ost, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335737>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die sozialistische Presse Österreichs

Wien, im November 1947.

Gegenwärtig erscheinen in Österreich weit über zweihundert Zeitungen, worunter sich mehr als dreißig Tagesblätter befinden. Da die in ganz Europa akute Papiernot auch vor Österreich nicht haltgemacht hat, kämpft die gesamte Presse dieses Landes schon seit Monaten um ihr Weitererscheinen. Oft gelingt es erst in letzter Minute, die notwendigen Papiermengen selbst für die Wiener Tageszeitungen sicherzustellen. Die Fälle sind aber nicht selten, da Wochen- und Monatsschriften überhaupt nicht oder nur in vermindertem Umfang herauskommen. Der für die Tageszeitungen bewilligte Umfang beträgt seit 1945 nur vier, sonntags sechs Seiten. Einzig das Organ der Sowjetarmee, die «Österreichische Zeitung», kann sich täglich acht Seiten leisten, was sich aber keineswegs in einem vermehrten Abonnement auswirkt. Das Format der österreichischen Blätter ist das auch in der Schweiz gebräuchliche; lediglich ein Wiener Tagblatt erscheint heute noch in Kleinformat.

Der geringe Umfang der österreichischen Blätter verursacht eine starke Beschneidung des Inhalts. Die Wiener Tageszeitungen haben zum Beispiel auf den täglichen Roman schon lang verzichtet. Die kleinen Anzeigen am Ende der Blätter müssen oft wochenlang auf ihre Veröffentlichung warten. Aber auch das politische Nachrichtenmaterial ist nicht ohne weiteres unterzubringen. Die Blätter helfen sich daher oft mit einer Zusammenfassung der eingelaufenen Meldungen.

Die Auflagen der Blätter sind bedeutend. Von den elf Wiener Tageszeitungen erreichen zum Beispiel mindestens fünf die Hunderttausendergrenze, während keines dieser Blätter unter zehntausend herabsinkt. Diese letzte Ziffer gilt auch für fast alle Tageszeitungen der Provinz.

Die in Österreich erscheinende Tagespresse gehört zum Teil den zugelassenen drei Parteien, den vier Besetzungsmächten oder unabhängig-demokratischen Kreisen. Eine Zensur existiert nicht, wenn auch die Blätter gezwungen sind, sich an die im Jahre 1945 erlassenen Richtlinien des Alliierten Rates zu halten, die faschistische, antialliierte oder großdeutsche Äußerungen verbieten. Von Zeit zu Zeit werden einzelne Blätter vom Alliierten Rat verwarnt. Dagegen sind Einstellungen durch die Alliierten in diesem Jahr noch nicht vorgekommen. Obwohl es also keine Zensur gibt, ist es den österreichischen Blättern doch unmöglich, über gewisse Dinge ungehindert zu berichten. Vor allem genießen die Besetzungsmächte nach wie vor Immunitätsrecht. Wo es zu Angriffen auf eine Besetzungsmacht kommt, gehen sie in erster Linie von den Organen der andern Okkupationsmächte aus. Innerhalb dieser, der österreichischen Presse gezogenen Grenzen hat sich aber die sozialistische Publizistik eine beachtenswerte Unabhängigkeit bewahrt.

Überall in Österreich, vor allem aber in Wien, fällt dem ausländischen Besucher ein Plakat in die Augen, das für ein Blatt unter dem Motto wirbt: «Die Zeitung, die sich was traut – die Zeitung, der man vertraut.» Es handelt sich um das Zentralorgan der Sozialistischen Partei Österreichs, die «Arbeiterzeitung», ein Blatt, das auf den Litfaßsäulen wirklich nicht zuviel verspricht. Wo andere Blätter – durchaus nicht nur die kommunistischen – zu den Übergriffen der Besetzungsmächte, der

Ablieferungssabotage der Bauern oder den Tauschgeschäften der Betriebe untereinander schweigen, ist es das Wiener sozialistische Tagesorgan, das über diese Gewalttaten und Mißstände offen berichtet. Chefredaktor der «Arbeiterzeitung» ist heute Dr. Oscar Pollak, ein Journalist mit umfassendem Weltblick und spitzer Feder. Sein großes Prestige unter den angelsächsischen Besetzungsmächten erlaubt es ihm, die Dinge zu schildern, wie sie sind. Daß er darob vor allem mit dem russischen Besetzungselement immer wieder zusammenstößt, mag nicht wundernehmen. Schon im Vorjahr verlangte General Kurassow im Alliierten Rat die Entfernung Dr. Pollaks, konnte aber keine Mehrheit erzielen. Das Blatt erscheint in der englischen Zone Wiens, und eine Verhaftung Dr. Pollaks durch die Russen ist daher heute noch unmöglich.

Die Reaktion der andern Parteien auf den mutigen Kurs der «Arbeiterzeitung» ist verschieden. Die Volkspartei, die heute in Wien über zwei Tageszeitungen verfügt, hat seit kurzem in ihren Blättern eine ebenfalls unerschrockenere Sprache angeschlagen. Diese äußert sich allerdings eher durch scharfe Ablehnung kommunistischer Ausweitungsbestrebungen in der Weltpolitik, denn im Aufzeigen der russischen Übergriffe in Ostösterreich. Das aber ist es gerade, was die Bevölkerung nicht verschwiegen haben will. So kommt es, daß die «Arbeiterzeitung» heute mit einer Auflage von 200 000 Exemplaren an der Spitze aller Wiener Blätter steht. Die «Arbeiterzeitung» war es, die der bürgerlichen Presse etwas mehr Mut gegeben hat. Nichtsdestoweniger liegen die Chancen für den nächsten Wahlkampf auf sozialistischer Seite. Dies deshalb, weil ein nicht geringer Teil der bürgerlichen Wähler eingesehen hat, daß die österreichische Unabhängigkeit am besten von den Sozialisten verteidigt wird. Diese bürgerlichen Wähler, die natürlich den marxistischen Gedankengängen ob ihrer Herkunft noch fernstehen, werden bei den nächsten Wahlen den Sozialisten die notwendige Mehrheit geben.

Die kommunistische Presse, die auflagemäßig bei weitem nicht an die sozialistischen Blätter heranreicht, vertritt in Österreich durchweg den Standpunkt der russischen Besetzungsmacht. Wie könnte es auch anders sein, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Russen mit den Erträgen der vielen von ihnen besetzten Betriebe die aufgeblähte kommunistische Presse unterstützen und in den Landgemeinden ihrer Zone den Bauern nur die Wahl zwischen einem kommunistischen und einem sowjetischen Blatt in deutscher Sprache lassen? Aber weder diese Tatsachen noch die zeitweisen Schikanen gegen sozialistische Blätter können den kommunistischen Organen einen größeren Leserkreis verschaffen. Es war die kommunistische Parteiführung, die durch ihr offenkundiges Verhalten gegen die Interessen des eigenen Staates eine tiefe Kluft zwischen den beiden Arbeiterparteien geschaffen hat. Diese Kluft ist so tief, daß es die Kommunisten in Österreich noch nicht einmal gewagt haben, an die SPÖ mit dem üblichen Vorschlag einer Zusammenarbeit oder gar einer Fusion heranzutreten. Weniger als in irgendeinem andern Staate Donaueuropas haben die Kommunisten in Österreich irgendwelche Chancen für die Zukunft. Sie werden über fünf Prozent der Wählerstimmen nicht hinauskommen.

Neben der «Arbeiterzeitung» (seit 22. August 1945) erscheint in Wien noch eine Reihe anderer Organe der SPÖ, täglich noch die «Sozialistische Korrespondenz», der Informationsdienst der Partei für die Presse, wöchentlich der «Arbeitsbauernbündler», dessen Eindringen in die kleinbäuerlichen Familien immer offensichtlicher

– und für die Volkspartei bedrohlicher – wird, die «Stimme der Jugend» als Organ der SJ, der «Strom» als vielbeachtetes Sprachrohr der sozialistischen Studenten, ferner die «Frau», die «Wiener Bilderwoche» sowie «Funk und Film». Das seit Sommer als Zeitung für das breite Volk herausgegebene «Kleine Blatt» erscheint zunächst noch wöchentlich, doch ist seine Umgestaltung zur Tageszeitung nur eine Frage des noch fehlenden Papiers. Als programmatische Monatsschrift wird die «Zukunft» ediert, in der alle maßgebenden Publizisten der Partei zu Worte kommen.

Eine nominelle sozialistische Vertretung existiert auch beim «Neuen Österreich», einer Tageszeitung, die nach der Wiederaufrichtung Österreichs als erste zu erscheinen begann. Dieses Blatt wurde 1945 als «Organ der demokratischen Einigung» gegründet und allen drei Parteien zur Verfügung gestellt. Bis zum heutigen Tage hat es der kommunistische Chefredaktor, Nationalrat Ernst Fischer, verstanden, dieses Blatt für die Propaganda seiner Partei in bürgerlichen Kreisen einzusetzen. Die Korrespondenten des «Neuen Österreich» in den Nachbarstaaten sind Kommunisten und propagieren zusammen mit den Leitartiklern in vorsichtig dosierter Weise letzten Endes doch den Anschluß Österreichs an den Ostblock. Weder der sozialistische Vertreter Paul Deutsch noch jener der Volkspartei haben es verstanden, das Gleichgewicht und die Überparteilichkeit in diesem Blatt herzustellen. Die «Arbeiterzeitung» hat mehrmals auf die Irreführung der österreichischen Öffentlichkeit durch die Tendenzberichte des «Neuen Österreich» hingewiesen, doch hat sich die Partei selbst aus diesem letzten Refugium einer sowieso nicht mehr bestehenden «demokratischen Einigung» bisher noch nicht zurückgezogen.

Auch in fast allen Bundesländern bestehen Tageszeitungen der SPÖ. Allerdings stehen sie an Bedeutung doch stark hinter der «Arbeiterzeitung» zurück. Die sozialistischen Organe in Steiermark und Kärnten, die beide den Namen «Neue Zeit» führen, verfolgen im allgemeinen den Wiener Kurs. Ihre Tendenz ist mit Rücksicht auf die in diesen beiden Ländern herrschenden Strömungen aber als noch weiter rechts gerichtet zu bezeichnen. Beide haben besonders in ihrer Kritik der russischen Politik noch weniger Hemmungen als das Wiener Zentralblatt. Dies hat im Vorjahr die Kommunisten veranlaßt, den Grazer Chefredaktor Dr. Paller als «Nazi-Kollaborateur» zu bezeichnen, eine Beschuldigung, die sich vor dem Journalisten-Ehrenrat als haltlos erwies.

Einen gewissen Linkskurs verfolgt das «Linzer Tagblatt». Er äußert sich darin, daß sich die dortige Redaktion bemüht, die politischen Ereignisse in der Welt mit viel Verständnis für den sowjetischen Standpunkt zu kommentieren. Das «Linzer Tagblatt» ist auch das einzige sozialistische Organ, das von den Kommunisten bisweilen zum Kronzeugen für die von ihnen angestrebte Ostorientierung Österreichs angerufen wird. Es war auch das erste Blatt, das nach 1945 wegen eines angeblich «großdeutschen» Leitartikels aus der Feder des damaligen Chefredaktors Dr. Oberhammer auf einige Zeit eingestellt wurde.

Die übrigen sozialistischen Tageszeitungen haben geringere Bedeutung. Es sind dies das «Demokratische Volksblatt» (Salzburg), die «Volkszeitung» (Innsbruck) und der «Vorarlberger Volkswille» (Bregenz). In Niederösterreich und im Burgenland erscheinen nur sozialistische Wochenblätter. Diese Wochenpresse besitzt freilich nur eine kleine Auflage und hat überall einen lokalen Leserkreis. Auch sie ist freilich symptomatisch für das Vordringen des Sozialismus ins bisher schwarze Dorf.